

Persönliche Erklärung des Abgeordneten Dr. Axel Berg zur Abstimmung des Deutschen Bundestages am 13. Februar 2009 über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der SPD „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“, Drucksache 16/11740

Der von der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der SPD vorgelegte Gesetzentwurf zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland, dem so genannten Konjunkturpaket II, soll Deutschland gegen eine drohende Wirtschaftskrise schützen und vor einem drohenden Konjunkturabschwung bewahren sowie für die Sicherung von Beschäftigung und Stabilität der Wirtschaft sorgen. Das Gesetz regelt in mehreren Maßnahmen, wie die Konjunktur in Deutschland angekurbelt werden kann, damit die Wirtschaft nicht in eine Rezession verfällt. Ich stimme dem Gesetz zu, weil gelöscht werden muss, wenn es brennt. Ärgerlich finde ich allerdings, dass die Brandstifter und Plünderer weitgehend ungeschoren aus der Sache kommen, es keine Maßnahmen zur Verhütung neuer Brände gibt und die Löschwasserreserven – sprich die Schuldenaufnahmefähigkeiten – knapp werden.

Der Turbokapitalismus ist in seiner größten Krise. Das marktradikale Denken hat nicht nur eine Finanzkrise, sondern auch eine Wirtschaftskrise ausgelöst, deren Folgen wir versuchen, zu bekämpfen. Die Marktradikalen haben nicht mehr die Meinungsführerschaft, ihr Irrtum ist offensichtlich. Der Blick der Bürgerinnen und Bürger richtet sich zunehmend wieder auf das Soziale und das Demokratische. Wir stehen nun an einem Wendepunkt, an dem wir dafür sorgen müssen, dass das neue Jahrzehnt ein demokratisches und soziales wird. Dies muss ein Konjunkturprogramm beherzigen und verfolgen.

Wir haben in unserem ersten Konjunkturpaket zwei verschiedene Rettungsschirme gespannt. Einen für die Banken, mit dem wir beweisen mussten, dass wir handlungsfähig sind, Kettenreaktionen vermeiden können und das Vertrauen der Bürger stabilisieren wollen. Mit dem anderen Schirm versuchten wir Arbeitsplätze zu sichern und investieren in Infrastruktur, CO₂-Gebäudesanierung und die Verlängerung von Geld für Kurzarbeit. Zudem gab es begleitende Maßnahmen, die Familien und Arbeitnehmer entlasten, im Wert von insgesamt 9 Mrd. Euro.

Im nun anstehenden zweiten Konjunkturpaket geht es um vier zentrale Ziele: Arbeit zu sichern, Menschen zu stärken, Zukunftsmärkte zu erschließen und die öffentliche Infrastruktur nachhaltig zu verbessern.

Das Herzstück des zweiten Konjunkturpaketes ist das kommunale Investitionsprogramm. Der Bund gibt zehn Milliarden Euro, die Länder weitere 3,3 Milliarden. Dieses Geld soll in den Kommunen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur verwendet werden.

Der Grundsatz „Qualifizieren statt Entlassen“ gilt auch im Konjunkturpaket II. Wo immer möglich, wollen wir dabei helfen, dass Menschen qualifiziert werden können, wenn Betriebe zeitweilig nicht ausgelastet sind. Hier hat Arbeitsminister Olaf Scholz eine Reihe von Instrumenten entwickelt, die auch kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen.

Moderne Netze sind die Lebensadern eines leistungsfähigen Landes. Deshalb hat Frank-Walter Steinmeier in seinem Plan die Forderung nach einer deutschen Netzgesellschaft und einer Breitbandstrategie aufgestellt, die nun im Rahmen des Paketes umgesetzt werden sollen.

Ein weiteres Anliegen war die Stärkung der Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger. Der Weg der SPD war die Senkung von Abgaben. Konkret: die Steuerfinanzierung des nur von den Versicherten zu tragenden Sonderbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung. Die CSU wollte über die Änderung der Einkommensteuer einen staatlichen Einnahmeverlust von 27 Milliarden Euro. Dies wäre nicht finanzierbar und konjunkturpolitisch unsinnig gewesen. Der Kompromiss ist: Wir senken die Einkommensteuer moderat, vor allem im unteren Bereich. Der Grundfreibetrag steigt in zwei Stufen auf 8.004 Euro und der Eingangssteuersatz wird von 15 auf 14 Prozent gesenkt. Gleichzeitig senken wir den Beitrag zur Gesetzlichen Krankenversicherung um 0,6 Prozent.

Ein wichtiger weiterer Punkt ist die Aufnahme von 5 weiteren Branchen in das Arbeitnehmerentendegesetz. 1,8 Millionen Menschen werden so in den Schutz von Mindestlohnregelungen einbezogen.

Die unteren Einkommensgruppen müssen durch die Absenkung von Abgaben entlastet werden. Im oberen Bereich der Löhne fordern wir mehr Mitverantwortung der Spitzenverdiener und Vermögenden an der Finanzierung des Gemeinwesens. Diese Forderungen sind in Teilen umgesetzt worden und das sind auch die Stärken dieses Konjunkturpaketes.

Es gibt meines Erachtens aber auch eklatante Mängel in diesem Konjunkturprogramm.

Die Maßnahmen, welche kurzfristig wirken sollen, greifen zu spät. Als Beispiel möchte ich die Absenkung des Beitragssatzes in der Krankenversicherung nennen. Diese Maßnahme ist gut, weil sie Abgaben verringert und nicht über Steuern Erleichterungen schafft. Allerdings soll diese Absenkung erst zum 1. Juli 2009 greifen. Kurzfristige Maßnahmen müssen aber auf der Stelle greifen, denn mit jeder Verzögerung verschlechtert sich die Situation.

Das gleiche gilt für die Erhöhung der Regelsätze für Kinder in der Grundsicherung für Arbeitssuchende und der Sozialhilfe, die auch erst ab dem 1. Juli 2009 wirksam werden soll. Bei schneller Umsetzung wären beides Maßnahmen, die kurzfristig wirken und die Konjunktur ankurbeln könnten.

Die Erhöhung des Grundfreibetrages bei Einkommen und die Anhebung der Tarifeckwerte sind für viele Betroffene eine Erleichterung und können konjunkturwirksam werden, allerdings muss festgehalten werden, dass die Hälfte der Bevölkerung von diesen Regelungen nicht profitiert, weil sie keine Steuern zahlt. Und gerade die unteren Einkommen und die Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe sollten unterstützt werden, denn sie sind es, die Hilfen am nötigsten haben und dort ist die Sparquote am geringsten, weshalb sämtliche Ausgaben wieder in den Konsum fließen würden.

Einen besonderen Stein des Anstoßes sehe ich in der so genannten Umweltprämie. Die Einmalzahlung für das Entsorgen eines Autos bei gleichzeitigem Neukauf eines Neu- oder Jahreswagens sehe ich nicht als umweltfreundlich an. Dafür gibt es mehrere Gründe.

Zum einen ist die Herstellung von Autos derart energieintensiv, dass der Benzinverbrauch von Autos auf die Gesamtenergiebilanz erst nach vielen Jahren

wirksam wird. Eine vorzeitige Verschrottung ist im Hinblick auf die Nachhaltigkeit von PKW oft kontraproduktiv.

Zweitens sind die Kriterien für die Neuwagen, die im Gegenzug gekauft werden dürfen, nicht strikt genug. Es gibt keine Begrenzung des CO₂-Ausstoßes bei Neuwagen. Einzige Bedingung ist die Erfüllung der Euro-Norm 4, die schon Standard bei Neuwagen ist. Dies bietet also auch keinen zusätzlichen Anreiz für den Kauf umweltfreundlicher PKW.

Drittens fehlen Anreize, das alte Auto zu verschrotten und auf umweltfreundlichere Mobilitätsangebote umzusteigen. Eine Unterstützung für Bahnfahrer oder Nutzer von Car-Sharing Modellen wäre eine sinnvolle Alternative gewesen, um positive Effekte im individuellen Personenverkehr zu erzielen. Auch der Austausch von Zweitaktern (Mofas, Laubgebläsen oder Stadtreinigungsfahrzeugen) wäre im Zuge einer Umweltprämie möglich gewesen, um Feinstaub und Lärmbelastigung einzudämmen. Eine Umstellung auf Elektromobile oder Geräte mit Brennstoffzellenantrieb wäre sinnvoll.

Viertens ist nicht einzusehen, warum es ausgerechnet für die Automobilindustrie diese Prämie gibt. Genauso gut hätte man eine Prämie für den Austausch von Kühlschränken oder Computern einführen können. Als Folgeerscheinung der Abwrackprämie ist der Markt für billige Gebrauchtwagen in Deutschland zusammengebrochen, denn für die kleinen Leute wird es nun keine Gebrauchtwagen unter 2.500 Euro mehr geben.

Auch für die Automobilbranche selbst sehe ich große Nachteile, denn, wenn das Konjunkturpaket effiziente Modelle bevorzugt hätte, wäre die deutsche Automobilindustrie gezwungen gewesen, sich schneller auf effiziente und sparsame Modelle einzustellen. So werden sie für ihre Tatenlosigkeit in den letzten Jahren auch noch belohnt. Das ist weder umweltfreundlich noch nachhaltig.

Selbst die Umstellung der KfZ-Steuer soll nicht nachhaltig gestaltet werden, sondern Hubraumgröße und CO₂-Ausstoß kombiniert besteuern. Im Endeffekt werden große Dieselfahrzeuge entlastet, kleine und saubere Autos hingegen nicht. Eine Regelung wie in Frankreich (Bonus-Malus-System) oder zumindest eine am CO₂-Ausstoß progressiv gestaffelte KfZ-Steuer wäre hier die bessere Lösung gewesen. Die jetzige Neuregelung führt zudem zu Steuerausfällen zwischen 2009 und 2014 von knapp 2 Mrd. Euro, die eine Art Subvention für die Automobilindustrie sind. Hinzu kommt die Steuerbefreiung für PKW aus dem ersten Konjunkturpaket, die ebenfalls die

Automobilindustrie mit über 1 Mrd. Euro begünstigt. Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale kostet die Steuerzahler noch mal 8,5 Mrd. Euro – auch die Fußgänger.

Die 500 Mio. Euro an Forschungsgeldern für Mobilität werden einen Mitnahmeeffekt erzielen. Anstatt in Motoren von morgen zu investieren, sind die Gewinne der Automobilhersteller in den letzten Jahren an die Aktionäre ausgezahlt oder in die Werbung für große Geländewagen gesteckt worden. Meines Erachtens sind diese 500 Mio. Euro ein Geschenk an eine Industrie, die sich in den letzten Jahren an keine ihrer Selbstverpflichtungen gehalten hat.

Bezüglich des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur, den ich prinzipiell befürworte, hätte ich mir andere und verpflichtende Akzente gewünscht. Hier hätte klar vereinbart werden müssen, dass große Teile der 3,5 Mrd. Euro in den Ausbau der Schiene und von Radwegen investiert werden, nicht in den Ausbau von Straßen. Dies wäre ein Schritt, den Verkehr in Deutschland zukunftsfähig zu machen. Konjunkturell ist der Ausbau von Infrastruktur aber sinnvoll, da dies Investitionen in die Zukunft sind und die Investitionen ohnehin getätigt werden müssen.

Ein Konjunkturprogramm dieser Höhe hätte meines Erachtens die Investition in Energieeffizienz und in Erneuerbare Energien als vorrangiges Ziel haben müssen. Die Ausweitung des Gebäudesanierungsprogramms ist ein guter Schritt, aber er ist zu kurz geraten. Bei Investitionen in diesem Bereich hätten kurzfristig und mittelfristig das deutsche Handwerk und die mittelständischen Hersteller von Effizienzgeräten und Erneuerbaren Energien gewonnen. Langfristig hätten alle davon profitiert, denn es hätte für eine größere Unabhängigkeit von Rohstoffimporten geführt und zu immensen Kosteneinsparungen im Energiebereich. Es wären Investitionen in eine zukunftsgerichtete Realwirtschaft gewesen und hätte die Monopolstellung der Energieversorger dämpfen und dadurch für niedrigere Strompreise sorgen können. Zudem hätte Deutschland seine Position als Technologieführer in diesem Bereich zementieren und sogar ausbauen können.

Wenn es um die Ausweitung von Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien geht, dann könnte n zu dem geliehenen Geld aus dem Konjunkturprogramm

auch noch Einnahmen aus dem Emissionshandel genutzt werden. Weiterhin müssen Subventionen, die der Umwelt schaden, abgeschafft werden, wie z.B. die Steuerbefreiung der Atomindustrie und die Einführung einer Versicherungspflicht, die Steuerbefreiung für den Flugverkehr oder für Dienstwagen, stattdessen müsste es eine Abgabe der Automobilindustrie für staatlich finanzierte Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel geben. Da diese Maßnahmen nicht im Konjunkturpaket enthalten sind, müssen wir sie in nächster Zukunft angehen, um die energiepolitische und die Arbeitsmarkt-Situation Deutschlands nachhaltig zu verbessern. Das verstehe ich unter einer nachhaltigen Investitionspolitik, die sich zudem positiv auf die Konjunktur auswirkt. Wir dürfen jetzt nicht in Branchen investieren, die nicht zukunftsfähig sind und damit weitere Blasen aufbauen wie die IT- oder die Immobilienblase. Die Folge aus einer geplatzten Blase versuchen wir gerade zu beseitigen. Und ich glaube nicht, dass wir mit den Methoden, welche die Krise verursacht haben, die Krise lösen können. Dies hat die Finanzmarktkrise gezeigt. Es muss deutlich sein, dass es nicht normal sein kann, dass, wenn die Realwirtschaft um 2% wächst, man mit Geldanlagen bis zu 20 oder 30% Rendite erwirtschaften kann. Und deshalb warte ich auch dringend auf die neuen Rahmenbedingungen des Finanzmarktes, an denen das Finanzministerium gerade arbeitet und die in Beschlüssen der SPD-Fraktion formuliert wurden.

Ich sehe die Notwendigkeit, ein Konjunkturprogramm aufzulegen und sehe auch einige gute Ansätze in diesem Gesetzentwurf. Allerdings bin ich auch der Meinung, dass dies Konjunkturprogramm eine vertane Chance ist, Deutschland auf eine effiziente und erneuerbare Zukunft vorzubereiten. Dies wäre mit den Mitteln, die auf dieses Konjunkturprogramm verwandt wurden, möglich gewesen.